



Das wählerische Herz schlägt links der Mitte

Regierungszufriedenheit und Einstellungen sozialdemokratischer Wähler im europäischen Vergleich 2002–2008

BERNHARD WESSELS
Dezember 2011

- Wie zufrieden sind in Europa die Wähler sozialdemokratischer Parteien mit deren Regierungsleistung? Und unterscheiden sich sozialdemokratische Wähler hinsichtlich ihrer politischen Zielvorstellungen und Orientierungen von anderen Wählern überhaupt noch? Das sind die beiden übergeordneten Fragen, denen diese Kontrastanalyse anhand der Daten des European Social Survey nachgeht.
- Der Vergleich zwischen Wählern sozialdemokratischer und konservativer Parteien zeigt, dass sozialdemokratische Wähler »ihre« Regierungen stärker mit Unzufriedenheit »bestrafen«, wenn sie mit den Politikergebnissen nicht zufrieden sind. Auch »belohnen« sie ihre Regierungen weniger mit Zufriedenheit.
- Unabhängig von der Leistung einer Regierung führt allein die Dauer der Regierungszeit zu einem leichten Sinken der Wählergunst und Ansteigen des Nichtwählerlagers. Interessanterweise ist dieser Abnutzungseffekt bei sozialdemokratischen Wählern und ihren Regierungen sehr viel stärker als bei konservativen.
- Sozialdemokratische und konservative Wähler unterscheiden sich klar in ihren politischen Zielen und Orientierungen. Überraschenderweise finden sich die größten Differenzen zwischen sozialdemokratischen und konservativen Wählern hinsichtlich »Toleranz und Integration«, also Einstellungen zu Lebensweisen, Migranten, Migration und europäischer Integration, und nicht bei der klassischen linken Frage nach »sozialer Differenzierung und Ungleichheit«.



Inhalt

1. Einleitung	3
2. Regierungsleistung und Regierungszufriedenheit	4
3. »It's the economy, stupid« – Zustände und Regierungszufriedenheit	6
4. Abnutzung und Wahlverhalten	10
5. Sozialdemokratische Wählerprofile?	13
6. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	16
Literatur	24

1. Einleitung

Aus welchen Gründen gewinnen oder verlieren Parteien bei Wahlen in Europa? Die Antworten auf diese – sowohl für Wahlsieger als auch Wahlverlierer – wichtige Frage fallen zumeist sehr umfangreich und komplex aus. Doch manchmal beweisen auch einfache Antworten eine hohe Erklärungskraft. So lautet eine nahe liegende Antwort, dass die Verlierer nicht mit ihrer politischen Leistung überzeugen konnten. »Throwing the rascals out«, wie es im US-Kontext heißt, ist zumeist Resultat für die Bestrafung als schlecht wahrgenommener Regierungsleistung.

Sozialdemokratische Parteien wurden in den letzten Jahren nicht immer im Regierungsamt bestätigt. Zum Beispiel ging die Regierungsbeteiligung oder -führung 2010 in Großbritannien, der Slowakei, Tschechien und Zypern verloren, in Deutschland 2009, um nur einige zu nennen. Zeichnet sich hier ein negativer Trend ab? Verlieren Sozialdemokraten in Europa an Leistungskraft und Profil? Die Frage lässt sich an die Parteien wie an die Parteihänger und Wähler der sozialdemokratischen Parteien in Europa stellen. Leistungskraft und Profil bedeuten für die Parteien, erstens Politik effektiv und kompetent zu gestalten und entsprechende Resultate zu erzielen, und zweitens dabei ein inhaltliches Profil zu zeigen, das sich von dem anderer Parteien unterscheidet. Auf Seiten der Anhänger und Wähler kann Leistungskraft zwar allenfalls bedeuten, den eigenen Überzeugungen im privaten und öffentlichen Diskurs Ausdruck zu verleihen. Das allerdings setzt voraus, dass ein sich insbesondere von konservativen Parteien abgrenzendes politisches Profil der Wähler existiert.

Dieses Papier setzt auf beiden Ebenen mit Fragen an. Bezogen auf die Leistungskraft wird zunächst gefragt, wie sozialdemokratische Parteien in der Regierung bei den Wählern im Vergleich zu ihren Konkurrenten aus dem Parteienlager rechts der Mitte abschneiden und wie sich ihr Abschneiden bei der Leistungsbeurteilung in ihren Wahlerfolgen niederschlägt. Die zweite Frage ist, ob Regierungen mit zunehmender Amtszeit ermüden, oder besser, ob Regierungen ihre Wähler mit zunehmender Amtszeit ermüden und damit Stimmenverluste einhergehen. Eine Antwort auf diese Frage ist deshalb nicht ganz ohne Relevanz, weil sich hieraus jenseits von Leistungsschwächen oder -stärken Gründe für Stimmenverluste ergeben. Beide Fragen beziehen sich darauf, wie sozial-

demokratisches Regieren durch die Wähler beurteilt wird und welche Wirkung es hat.

Bezogen auf politische Profile wird in einem zweiten Schritt gefragt, ob sich sozialdemokratische Wähler in ihren Politikzielen und Wertvorstellungen von denen ihrer konservativen Konkurrenten unterscheiden. Es gibt mindestens zwei Gründe, warum es relevant ist, dieser Frage nachzugehen. Zum einen wird angesichts der zunehmenden Flexibilität im Wahlverhalten, der abnehmenden Prägekraft sozialstruktureller Charakteristika für die Wahlentscheidung und dem »Ende der Ideologie« in der Politik immer häufiger hinterfragt, ob distinkte Wählerprofile der so genannten Volksparteien überhaupt noch existieren. Zum anderen verfolgen die politischen Parteien, und sozialdemokratische Parteien sind hier nicht unbedingt eine Ausnahme, einen Wettbewerb um die politische Mitte, den so genannten *median voter*. Ein derartiger Mitte-zentrierter Wettbewerb macht aber nur dann Sinn, wenn die Differenz zwischen Wählern sozialdemokratischer Parteien und den Wählern ihrer großen Konkurrenten rechts von der Mitte nicht mehr existiert und sich nicht mehr in Unterschieden in den Vorstellungen über Gesellschaft und Politik ausdrückt.

Untersucht werden die Fragen in beiden Dimensionen – Leistungskraft sozialdemokratischer Regierungen, Politikprofile sozialdemokratischer Wähler – mit Daten des European Social Survey (europeansocialsurvey.org), einem von Sozialwissenschaftlern für die Sozialwissenschaften geschaffenen Instrument der Beobachtung europäischer Gesellschaften. Der European Social Survey wurde 2002 das erste Mal erhoben und wird alle zwei Jahre durchgeführt. Derzeit sind vier Wellen realisiert, die letzte im Jahr 2008. Für die zeit- und ländervergleichende Analyse wird hier auf den kumulierten Datensatz aller vier Befragungswellen zurückgegriffen.¹ Untersucht werden können insgesamt 24 europäische Länder. Nicht in allen wurde zu allen vier Zeitpunkten der European Social Survey durchgeführt, so dass insgesamt 85 Umfragen für die

1. Der kumulierte Datensatz führt die folgenden Wellen für alle vergleichbaren Fragen zusammen: ESS Round 1: European Social Survey Round 1 Data (2002). Data file edition 6.2. Norwegian Social Science Data Services, Norway – Data Archive and distributor of ESS data. ESS Round 2: European Social Survey Round 2 Data (2004). Data file edition 3.2. Norwegian Social Science Data Services, Norway – Data Archive and distributor of ESS data. ESS Round 3: European Social Survey Round 3 Data (2006). Data file edition 3.3. Norwegian Social Science Data Services, Norway – Data Archive and distributor of ESS data. ESS Round 4: European Social Survey Round 4 Data (2008). Data file edition 4.0. Norwegian Social Science Data Services, Norway – Data Archive and distributor of ESS data.

Analyse genutzt werden können. Eine Übersicht liefert Tabelle A1.

2. Regierungsleistung und Regierungszufriedenheit

Dass eine gute Regierungsleistung für den Wiederwahlerfolg wichtig ist, ist nicht nur intuitiv plausibel, sondern auch vielfach nachgewiesen. V. O. Key hat bereits 1961 auf die beiden Aspekte von Regierungsbeurteilung hingewiesen, die über Wieder- oder Abwahl entscheiden können: Art und Richtung der Politik und Resultate der Politik (Key 1961: 474). Die Formulierung »Throw the rascals out« kennzeichnet genau diesen Mechanismus: Unzufriedenheit mit der Leistung führt zur Abwahl, wie Miller und Wattenberg in einer Langzeitstudie zeigen konnten. Für amtsinhabende Parteien spielt die retrospektive Leistungsbeurteilung eine zentrale Rolle (Miller, Wattenberg 1985), zumeist im Zusammenspiel mit der Leistungserwartung, also der prospektiven Perspektive. Leistung und Kompetenz sind die beiden Dimensionen, die darüber entscheiden, ob Regierungen abgewählt und welche neue gewählt werden. Das lässt sich auch für die deutschen Bundestagswahlen zeigen (Weßels 2002).

In den vergleichenden Umfragen des European Social Survey werden drei gesellschaftliche Bereiche abgedeckt: Die Beurteilung des Zustandes des Gesundheitssystems, die Beurteilung des Zustandes des Bildungssystems und die Zufriedenheit mit der Wirtschaftslage. Damit sind zwei zentrale Politikfelder angesprochen, die mit zum Kern der Politik sozialdemokratischer Parteien gehören, und mit der Wirtschaftslage ein Bereich, der für Bürger und Parteien insgesamt gleichermaßen zentral ist.

Anhand der Beurteilung durch die Bürger zu bestimmen, wie zufrieden die Wähler mit sozialdemokratischen Regierungsparteien sind, ist ohne Vergleichsmaßstab allerdings relativ bedeutungslos. Zum einen ergibt sich das Problem, dass Zustände in allen gesellschaftlichen Bereichen, aber insbesondere der Wirtschaft, nicht vollständig durch Politik bestimmt werden können, auch wenn Parteien und Politik häufig den Eindruck der Omnipotenz erwecken und Wähler die Omnipotenz der Politik unterstellen. Eine schlechte Wirtschaftslage, Probleme im Bildungs- und Gesundheitssystem sind in vielen Aspekten nicht ursächlich auf eine schlechte Politik zurückzuführen. Damit sind Einschätzungen zu unterschiedlichen

Zeitpunkten schwer miteinander vergleichbar und eine Bestimmung, ob z. B. konservative Regierungen eine höhere Leistungsfähigkeit haben, anhand solcher Beurteilungen unmöglich.

Hier soll daher auf den direkten Vergleich sozialdemokratischer mit anderen Regierungen verzichtet werden und stattdessen die Einschätzung der Zustände in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Wirtschaft durch sozialdemokratische und konservative Wähler kontrastiert werden. Dieser Kontrastvergleich wird für sozialdemokratische Regierungen oder Regierungsbeteiligung ohne Mitregierung konservativer Parteien, für Regierungen aus sozialdemokratischer und konservativer Parteien und für konservative Regierungen oder Regierungsbeteiligung ohne Mitregierung sozialdemokratischer Parteien durchgeführt.²

Die Zustände von Gesundheitssystem, Bildungssystem und der Wirtschaft in den hier in der Zeit von 2002 bis 2008 betrachteten 24 Ländern, werden, wenn sie sozialdemokratisch ohne konservative Beteiligung regiert wurden, unterschiedlich beurteilt:³ Fünf Prozent mehr sozialdemokratische Wähler sind zufrieden mit dem Zustand des Gesundheitssystems als unzufrieden, beim Bildungssystem sind es neun Prozent. Bei der Einschätzung der Wirtschaftslage überwiegt der Anteil der Unzufriedenen dem der Zufriedenen um 17 Prozentpunkte. Diese Werte können verglichen werden mit den Einschätzungen, die die Wähler der konservativen Konkurrenz von der jeweiligen Lage haben. Dabei wird deutlich, dass die sozialdemokratischen Wähler mit dem Zustand des Gesundheitssystems, des Bildungssystems und der Wirtschaft relativ zufriedener sind. Einschätzungen über die jeweilige Situation sind also nicht objektiv, sondern werden aus einer parteispezifischen Perspektive durch die Wähler betrachtet – sie haben einen »bias«. Sozialdemokratische Wähler beurteilen die gleiche Situation in den drei Bereichen unter sozialdemokratischer Regierung deutlich positiver als die Wähler des größten konservativen Konkurrenten.

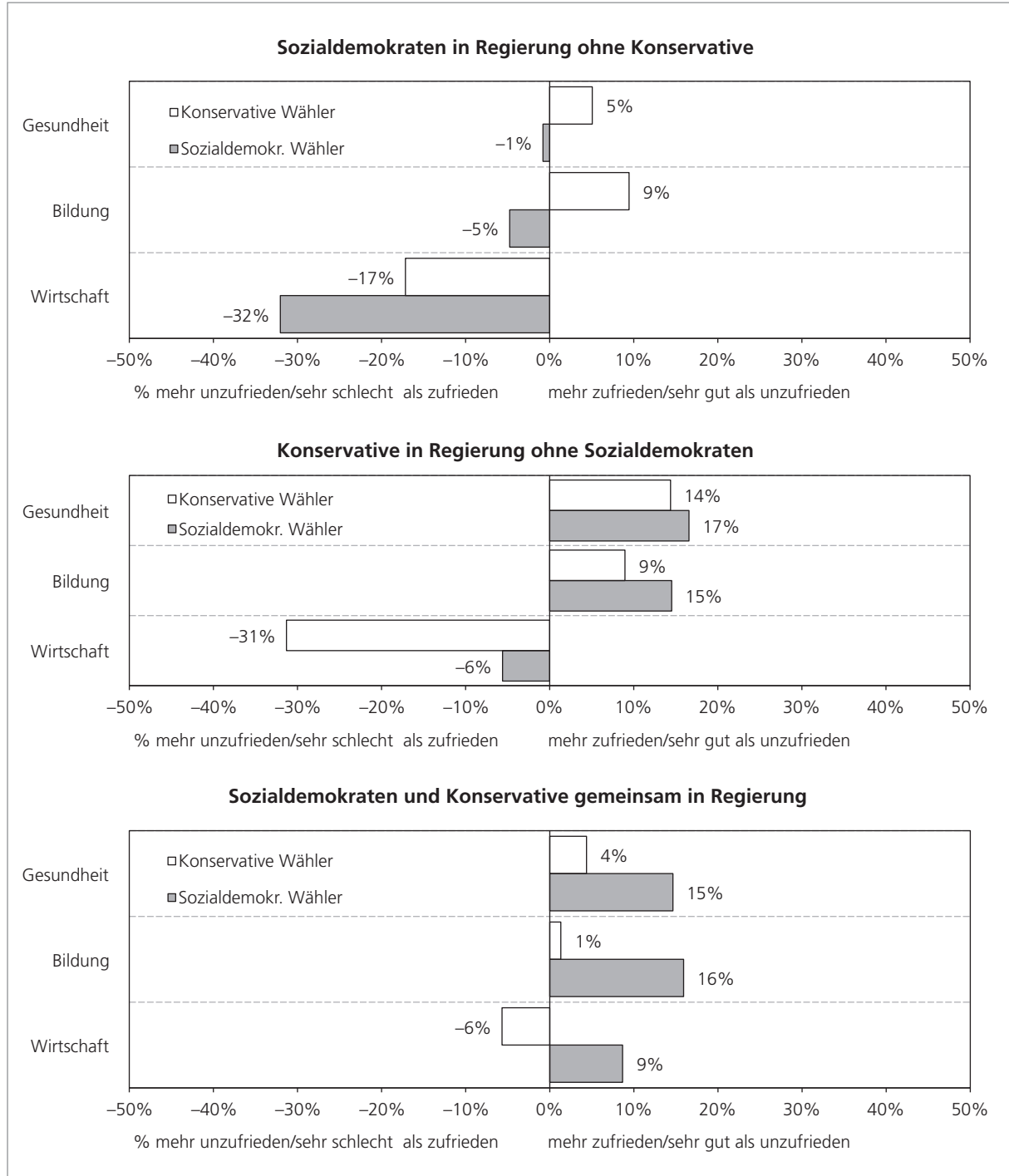
Umgekehrt gilt, dass konservative Wähler unter konservativer Regierung ohne sozialdemokratische Beteiligung die jeweilige Situation deutlich besser einschätzen als die

2. Hierzu wurden den Umfragen des European Social Survey entsprechend des Befragungszeitpunktes die Information der entsprechenden Regierungszusammensetzung) hinzugefügt.

3. Es sind dies Regierungen in den Ländern (s. Tabelle A2 für Abkürzungen und Zeitpunkte) CY, CZ, DE, ES, GB, GR, HU, NO, PL, PT, SE, SI und SK.



Abbildung 1: Beurteilung des Zustandes des Gesundheitssystems, des Bildungssystems und der Wirtschaft durch sozialdemokratische und konservative Wähler während sozialdemokratischer und konservativer Regierungen



Prozentwerte präsentieren das Saldo aus denjenigen, die eine positive Einschätzung abgeben minus denjenigen, die eine negative Einschätzung abgeben. Grundlage sind Beurteilungsskalen von 0 (sehr schlecht) bis 10 (sehr gut), die wie folgt zusammengefasst wurden: 0, 1, 2, 3 = -1; 4 5 6 = 0; 7, 8, 9, 10 = +1.

Wähler sozialdemokratischer Parteien (s. Abbildung 2, zweite Grafik).

Allerdings sind hier die Differenzen in den Einschätzungen nicht ganz so stark, der bias also kleiner. Daraus den Schluss zu ziehen, konservative Regierungen würden im Vergleich für bessere Zustände sorgen, ist allerdings nicht zulässig, da sich die Einschätzungen auf andere Zeitpunkte und zum weitaus überwiegenden Teil auf andere Länder beziehen.⁴

Nicht nur politisch, sondern auch wahlstrategisch interessant ist der Befund, dass sozialdemokratische Wähler die Zustände in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Wirtschaft sehr viel weniger positiv beurteilen als konservative Wähler, wenn Sozialdemokraten und Konservative gemeinsam regieren.⁵ Die zumeist (recht) großen Koalitionen zahlen sich für konservative Parteien bezogen auf ihre Wähler also mehr aus als für sozialdemokratische Parteien.

3. »It's the economy, stupid« – Zustände und Regierungszufriedenheit

Wie wirken sich die Einschätzungen hinsichtlich des Zustandes von Gesundheits- und Bildungssystem sowie der Wirtschaft auf die Zufriedenheit mit der jeweiligen Regierungspartei aus? Allgemein ist festzuhalten, dass weder sozialdemokratische noch konservative Wähler besonders zufrieden mit ihren jeweiligen Regierungen sind. Sind Sozialdemokraten ohne ihre größten konservativen Konkurrenzparteien an der Regierung, fällt das Urteil sozialdemokratischer Wähler leicht negativ aus, das der konservativen Wähler stark negativ. Sind Konservative ohne sozialdemokratische Parteien an der Regierung beteiligt, ist eine kleine Mehrheit der Wähler eher zufrieden, sozialdemokratische Wähler hingegen sehr unzufrieden. Sind Sozialdemokraten und Konservative gemeinsam an der Regierung, ist keine der Wählerschaften mehrheitlich zufrieden, Sozialdemokraten sind sogar deutlich unzufriedener als Wähler der konservativen Koalitionspartei (s. Abbildung 2).

4. Es handelt sich um konservative Regierungen in AT, BE, DK, EE, ES, FI, FR, GR, IE, IT, LU, NL, NO, PL, PT, SE, SI, SK. Zu konkreten Zeitpunkten und Abkürzungen siehe Tabelle A2.

5. Es handelt sich um Regierungskoalitionen in folgenden Ländern: AT, BE, CH, CZ, DE, EE, FI, NL, SI. Zeitliche Details sind Tabelle A2 zu entnehmen.

Insgesamt gibt es eine recht große Variationsbreite in der Regierungszufriedenheit (s. Abbildung A2 im Anhang). An dem generellen Eindruck, dass sozialdemokratische Wählerinnen und Wähler mit ihren Regierungen kritischer umgehen als es im konservativen Lager der Fall ist, ändert das allerdings nichts. In den 13 Ländern, in denen die Sozialdemokraten ohne Konservative regiert haben, wurde unter allen Wählern eine Antwort in Richtung Zufriedenheit nur in einem Land abgegeben: Zypern. Wenn auf die Beurteilung sozialdemokratischer Wähler abgestellt wird, waren es immerhin fünf Länder: Zypern, Spanien, Norwegen, Schweden und die Slowakei. Für konservative Regierungen fällt die Bilanz günstiger aus. Wenn sie ohne Sozialdemokraten regierten, was in 17 Ländern der Fall ist, sind darunter vier, in denen die Zufriedenheit die Unzufriedenheit unter allen Wählern überwiegt, unter konservativen Wählern trifft das auf 12 von diesen 17 Ländern zu. Allerdings sind solche Vergleiche mit Vorsicht zu interpretieren – unterschiedliche Länder oder gleiche Länder zu unterschiedlichen Zeitpunkten können für sehr große Unterschiede in den Problemlagen und mithin für eine abweichende Regierungszufriedenheit verantwortlich sein. Werden die Regierungen betrachtet, an denen Sozialdemokraten und Konservative gemeinsam beteiligt waren, zeigt sich eine zwischen Sozialdemokraten und Konservativen vollkommen ausgeglichene Bilanz. Werden die Länder betrachtet, in denen in einer Periode Sozialdemokraten ohne Konservative und in einer anderen Periode Konservative ohne Sozialdemokraten regiert haben (das war in Spanien, Norwegen, Portugal, Slowenien und der Slowakei der Fall, sowie in Griechenland, Polen, Schweden), schneiden die sozialdemokratischen Regierungen unter den Wählern insgesamt in den fünf zuerst genannten Ländern besser ab als die konservativen Regierungen.

Was ist für die Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit der Regierung an erster Stelle verantwortlich? Die in der Überschrift zitierte Phrase stammt aus dem Wahlkampf von Bill Clinton gegen George Bush im Präsidentschaftswahlkampf der USA 1992. Die Bedeutung ergibt sich aus dem Kontext: Wahlen sind vor allem über wirtschaftliche Fragen zu gewinnen – zumindest in den USA. Aber auch in Deutschland spielen der Zustand der Ökonomie und die Wirtschaftslage keine unwichtige Rolle für die Wahlentscheidung der Bürger. Auch deutsche Wahlforscher nutzen die Phrase, um auf einen Erklärungszusammenhang für das Wahlverhalten hinzuweisen (so z.B. Walz, Brunner 1998). Dabei ist es in der Regel die Einschät-

zung der allgemeinen und nicht der persönlichen wirtschaftlichen Situation, die bedeutsamer ist. Ersteres wird als soziotropisches, letzteres als egozentrisches Wählen bezeichnet. Das so genannte *pocket-book voting*, das Wählen für die persönliche Geldbörse, spielt eine weniger wichtige Rolle (Maier, Rattinger 2004).

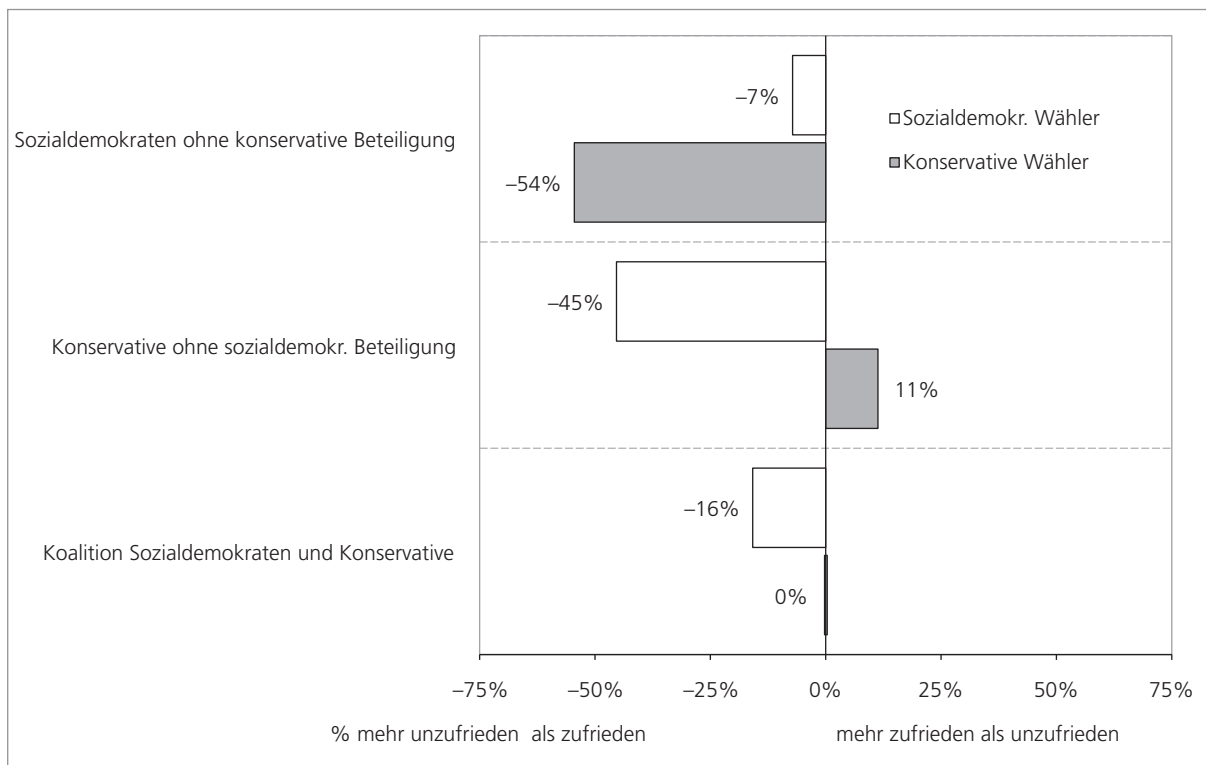
Ob und inwieweit von den hier untersuchbaren drei Bereichen die Ökonomie tatsächlich die entscheidende Bedeutung für die Zufriedenheit mit der Regierung hat, lässt sich empirisch dadurch prüfen, dass der Erklärungsbeitrag der drei Faktoren Zustand des Gesundheitssystems, des Bildungssystems und der Wirtschaft für die Regierungszufriedenheit bestimmt wird.⁶ Die Ergebnisse zeigen folgendes:

Das Modell, mit dem Regierungszufriedenheit auf den Zustand des Gesundheitssystems, des Bildungssystems und der Wirtschaft regressiert wird, erklärt bezogen auf die Gesamtwählerschaft etwa 40 Prozent der Variation in der Zufriedenheit mit der Regierung. Das ist für ein Modell auf der Individualebene von Befragten und nur drei »erklärenden« Variablen ein recht anständiger Wert. Er unterstreicht, dass die Bürger in der Tat ihre jeweiligen Regierungen zu einem beträchtlichen Teil für den Zustand in den drei Bereichen verantwortlich machen. Unter sozialdemokratischen Wählern klärt das Modell sogar noch einen Prozentpunkt mehr Varianz auf, unter konservativen Wählern hingegen sechs Prozentpunkte weniger. Insgesamt erklären die drei Zustandsbeurteilungen die Zufriedenheit mit der Regierung für Individualdaten mehr als zufrieden stellend.

6. Es handelt sich dabei um das statische Verfahren der Regressionsanalyse. Hier wird Regierungszufriedenheit in einem Modell auf die Beurteilung des Zustandes in den drei Bereichen regressiert, also zurückgeführt. Wie bei den vorhergehenden Analysen über Länder und Zeitpunkte hinweg sind die Daten design- und bevölkerungsgewichtet, um Verzerrungen der Ergebnisse durch Stichprobenfehler und unterschiedliche Samplegrößen zu vermeiden, sowie mit Standardfehlerkorrekturen berechnet, die dem *cluster*-Charakter der Daten entsprechen.

Die Frage, welche der drei Zustandsbeurteilungen für die Zufriedenheit mit der Regierung zentral ist, ist recht eindeutig zu beantworten: »It is the economy, indeed«. Weder die Einschätzung des Zustandes des Gesundheits- noch des Bildungssystems verschlechtert oder verbessert die Zufriedenheit mit der Regierung in demselben

Abbildung 2: Zufriedenheit sozialdemokratischer und konservativer Wähler mit der Regierung während sozialdemokratischer und konservativer Regierungen



Ausmaß wie die Einschätzung der Wirtschaftslage. Jeder Punkt besserer Einschätzung der Wirtschaftslage auf einer 11-Punkte-Skala (0 sehr schlecht; 10 sehr gut) verbessert die Zufriedenheit mit der Regierung etwa um fünf Prozentpunkte, eine bessere Einschätzung von Gesundheitssystem und Bildungssystem jedoch nur um 0,6 bis maximal zwei Prozentpunkte (s. Tabelle 1). Zwischen sozialdemokratischen und konservativen Wählern existiert ein interessanter Unterschied in der Relevanz beider Systeme für die Regierungszufriedenheit: für sozialdemokratische Wähler sind beide von etwa gleicher Relevanz, für konservative Wähler ist das Gesundheitssystem etwa drei Mal gewichtiger für die Regierungszufriedenheit als das Bildungssystem. Für beide Befunde gilt allerdings: an die Relevanz von Ökonomie reichen sie längst nicht heran.

Der Befund zur Relevanz der Einschätzung der Wirtschaftslage kann noch etwas genauer betrachtet werden. Werden Regierungen zu bestimmten Zeitpunkten hinsichtlich der Einschätzung der Wirtschaftslage und der Regierungszufriedenheit zu diesem Zeitpunkt betrachtet, zeigt sich auch bezogen der Aggregate Regierungen der klare Befund: je besser die Wirtschaftslage, desto besser schneidet die Regierung ab (Abbildung 3).

Wiederum bestätigt sich der durch die jeweilige Partei-orientierung geprägte Blick: Unabhängig davon, dass die allgemeine Wirtschaftslage für die Wähler sozialdemokratischer und konservativer Parteien objektiv gleich ist,

schätzen sozialdemokratische Wähler unter sozialdemokratischer Regierung ohne konservative Beteiligung die Wirtschaftslage besser ein und sind damit auch zufriedener mit ihrer Regierung (Abbildung 3A). Umgekehrt schätzen konservative Wähler die Wirtschaftslage unter konservativer Regierung ohne sozialdemokratische Beteiligung positiver ein als sozialdemokratische Wähler zum selben Zeitpunkt und konservative Wähler sind dementsprechend zufriedener mit der Regierung, die ja die ihrige ist (Abbildung 3B). Die parteiwählerschaftsspezifische Differenz ist unter konservativen Regierungen sogar noch deutlicher ausgeprägt als unter sozialdemokratischen.

Mehr noch: sozialdemokratische Wähler »bestrafen« ihre Regierungen stärker mit Unzufriedenheit als konservative die ihrigen, und »belohnen« sie weniger mit Zufriedenheit bei zufrieden stellender wirtschaftlicher Lage. Unter sozialdemokratischen Wählern, die unzufrieden mit der wirtschaftlichen Situation sind, überwiegt der Anteil derjenigen, die unzufrieden mit ihrer Regierung sind, die Zufriedenen um 41 Prozentpunkte. Bei konservativen Wählern und konservativer Regierung überwiegen mit der Regierung unzufriedene lediglich um 22 Prozentpunkte (Tabelle 2). Umgekehrt überwiegen Regierungszufriedene die Unzufriedenen bei befriedigender Wirtschaftslage unter sozialdemokratischen Wählern um 56 Prozentpunkte, unter konservativen um 65 Prozentpunkte.

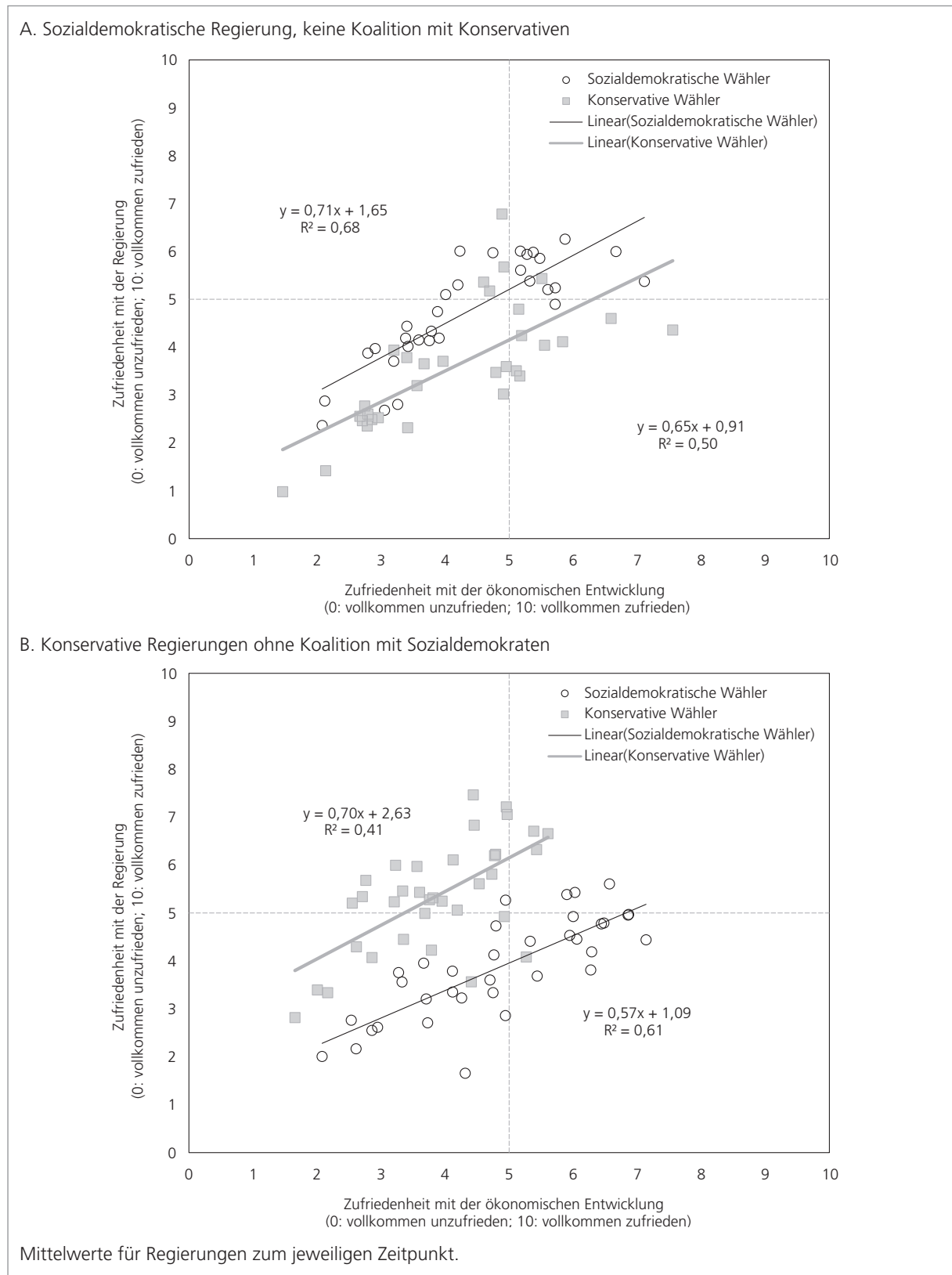
Tabelle 1: Einschätzung des Zustandes von Gesundheitssystem, Bildungssystem und Wirtschaft und Regierungszufriedenheit

	Zufriedenheit mit der Regierung steigt um ... Prozentpunkte, wenn sich die Einschätzung des Zustandes/Lage des/der ... um einen Skalenpunkt verbessert:	
	Sozialdemokratische Wähler, sozialdemokratische Regierung ohne konservative Beteiligung	Konservative Wähler, konservative Regierung ohne sozialdemokratische Beteiligung
Zustand des Gesundheitssystems	1,4	2,0
Zustand des Bildungssystems	1,2	0,6
Lage der Wirtschaft	5,1	4,5
	Verbesserung der Regierungszufriedenheit von schlechtesten zu bester Einschätzung in Prozentpunkten	
Zustand des Gesundheitssystems	13,6	19,6
Zustand des Bildungssystems	12,4	6,1
Lage der Wirtschaft	50,8	45,4

Ergebnisse einer Regressionsanalyse; Anteil erklärter Varianz 41 Prozent für sozialdemokratische und 34 Prozent für konservative Wähler. Design- und bevölkerungsgewichtet; alle Koeffizienten statistisch signifikant (geclusterte Standardfehler).



Abbildung 3: Einschätzung der Wirtschaftslage und Regierungszufriedenheit





Das gleiche Muster zeigt sich bei dem Zusammenhang von Einschätzung der Wirtschaftslage und Regierungszufriedenheit. Dieses Ergebnis bestätigt wiederum, dass sozialdemokratische Parteien unter ihren Wählern in einer Koalition weniger profitieren als der konservative Regierungspartner unter seinen Wählern (Tabelle 2).

4. Abnutzung und Wahlverhalten

Dass Parteien in der Regierung Stimmen verlieren, liegt aber nicht nur in der Unzufriedenheit mit der Regierungsleistung begründet. Vieles spricht dafür, dass sich Regierungen unabhängig von ihrer Leistung, aber abhängig von der Dauer ihrer Amtsinhabung abnutzen. Das Bild vom Abnutzen der Regierung ist jedoch missverständlich: Im eigentlichen Sinne ist es wohl die Abnutzung der Wählergunst im Zeitverlauf. Der amerikanische Wahlforscher Philip E. Converse hat beispielsweise gezeigt, dass die regionale Stabilität des Wahlverhaltens über Zeit zerfällt (Converse 1969), das gleiche Phänomen lässt sich auch in Deutschland beobachten (Weßels 1998). Der Zeitablauf macht also einen Unterschied. In der öffentlichen Diskussion, in den Medien und auch im Wahlkampf

kann entsprechendes beobachtet und gelesen werden. Formulierungen wie »es ist Zeit für einen Wechsel«, »die Wende«, »Kanzlermüdigkeit« und ähnliches verweisen auch immer auf den Zeitaspekt jenseits anderer Punkte, die mit angesprochen sein mögen. Auch in einem sehr sparsamen Prognosemodell für den Wahlausgang der Bundestagswahlen spielt die Amtsdauer der Regierung eine Rolle, wie Gschwend und Norpoth gezeigt haben (Gschwend, Norpoth 2005).

Gibt es also eine zunehmende Abnutzung der Wählergunst, je länger eine Partei an der Regierung beteiligt ist? Um diese Frage zu beantworten, wurde für jeden Umfragezeitpunkt in jedem Land die Länge der Zeit bestimmt, die die Regierung bei der letzten Wahl im Amt war. Das aktuelle Befragungsdatum kam deshalb nicht in Frage, weil die Frage nach dem Wahlverhalten retrospektiv auf die letzte Wahl bezogen gestellt wurde. Geprüft wurde in einem ersten Schritt, ob die Zufriedenheit mit der Regierung und ihren Leistungen umso stärker abnimmt, je länger sie im Amt ist. Der Befund ist negativ. In einem zweiten Schritt wurde das Wahlverhalten in Abhängigkeit von der Amtsdauer einer Regierung untersucht. Hier ergeben sich klare und statistisch signifikante Effekte. Sie können

Tabelle 2: Wirtschaftslage und Regierungszufriedenheit in verschiedenen Regierungskonstellationen

	Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation		
	Unzufrieden	So, so	Zufrieden
Saldo Regierungszufriedenheit in %-Punkten			
Sozialdemokratische Wähler			
Sozialdemokraten in Regierung ohne Konservative	-41,1	-1,1	55,5
Koalition Sozialdemokraten und Konservative	-54,1	-18,0	35,2
Konservative Regierung ohne Sozialdemokraten	-67,5	-27,4	3,2
Konservative Wähler			
Sozialdemokraten in Regierung ohne Konservative	-68,6	-32,7	0,5
Koalition Sozialdemokraten und Konservative	-41,5	-3,5	47,8
Konservative Regierung ohne Sozialdemokraten	-21,7	14,7	64,5
Sozialdemokratische Wähler			
Differenz sozialdemokr./konserv. Regierung	26,4		52,3
Konservative Wähler			
Differenz konserv./sozialdemokr. Regierung	46,9		64,0

Skala Zufriedenheit mit der Wirtschaft: 0 vollkommen unzufrieden; 10 vollkommen zufrieden. Werte wie folgt zusammengefasst: 0, 1, 2, 3 = -1; 4 5 6 = 0; 7, 8, 9, 10 = +1. Die Werte der Tabelle geben an in welchem Ausmaß Unzufriedenheit Zufriedenheit überwiegt (negative Werte), oder umgekehrt (positive Werte).



deshalb auf den bloßen Zeitablauf bezogen werden, weil ein Zusammenhang zur Regierungsleistung nicht festgestellt werden konnte. Wiederum wurde untersucht, ob es parteiwähler- und regierungsparteispezifische Effekte gibt. Das gerechnete Modell bestimmt, in welchem Ausmaß sich die Abgabe der Stimme für eine Partei durch die Länge, mit der diese Partei an der Regierung ist, erklären lässt. In einem weiteren Schritt wurde geprüft, ob sich die Nichtwahl durch die Länge der Amtsinnahme einer Partei erklären lässt. In jedem Modell, für das im Folgenden die Ergebnisse präsentiert werden, sind die Effekte der Regierungsdauer statistisch signifikant.

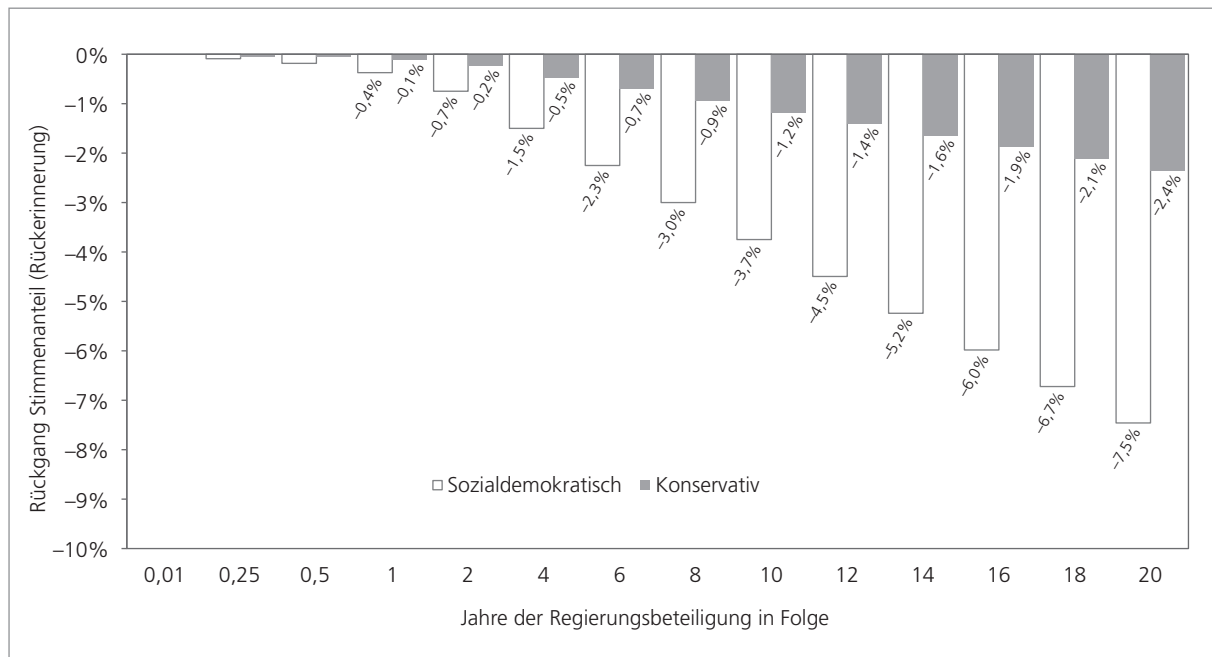
Es zeigt sich, dass sowohl sozialdemokratische als auch konservative Parteien langsam aber stetig an Wählergunst verlieren, je länger sie im Regierungsamt sind. Die Abnahme in der Wählergunst ist zwar von einem Jahr zum nächsten recht bescheiden und mag nach der üblichen Länge einer Legislaturperiode von etwa vier Jahren noch bedeutungslos erscheinen. Allerdings sind es häufig kleine Margen, die darüber entscheiden, ob eine Regierung im Amt bleiben kann. So werden fünf Prozentpunkte Verlust in der Wählergunst bei Sozialdemokraten erst nach 12 Jahren erreicht, konservative Parteien errei-

chen diesen Wert selbst nach einer 20-jährigen Amtszeit nicht. Aber auch zwei Prozentpunkte Verlust können für den Wechsel von der Regierungs- auf die Oppositionsbank ausreichen, und die sind bei Sozialdemokraten, wenn sie ohne Konservative regieren, bereits nach etwa sechs Jahren Regierungsamt erreicht. Was aber an diesen Ergebnissen besonders bedeutsam ist, ist dass sich sozialdemokratische Regierungen ohne konservative Beteiligung sehr viel schneller »abnutzen« als konservative Regierungen ohne sozialdemokratische Beteiligung (s. Abbildung 4).

Regieren Sozialdemokraten und Konservative gemeinsam, verschwindet der Unterschied in der »Abnutzung« zwischen beiden fast vollständig. Der Verlauf des Stimmenverlusts ist dann auch für die Konservativen ähnlich dem der Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung ohne konservative Beteiligung. Die Verläufe entsprechen im Falle derartiger Koalitionen in etwa dem der sozialdemokratischen Regierungen in der Abbildung 4.

Partiell können diese negativen Entwicklungen durch »Abnutzung« mithilfe einer relativ stabilen Personalpolitik abgefangen werden. Anhand verschiedener Modelle

Abbildung 4: Dauer kontinuierlichen Regierens und Entwicklung der Stimmenanteile bei sozialdemokratischen und konservativen Parteien



Schätzwerte aus Regressionsanalyse. Die Unterschiede im Rückgang der Stimmenanteile zwischen sozialdemokratischen und konservativen Regierungen sind statistisch signifikant.

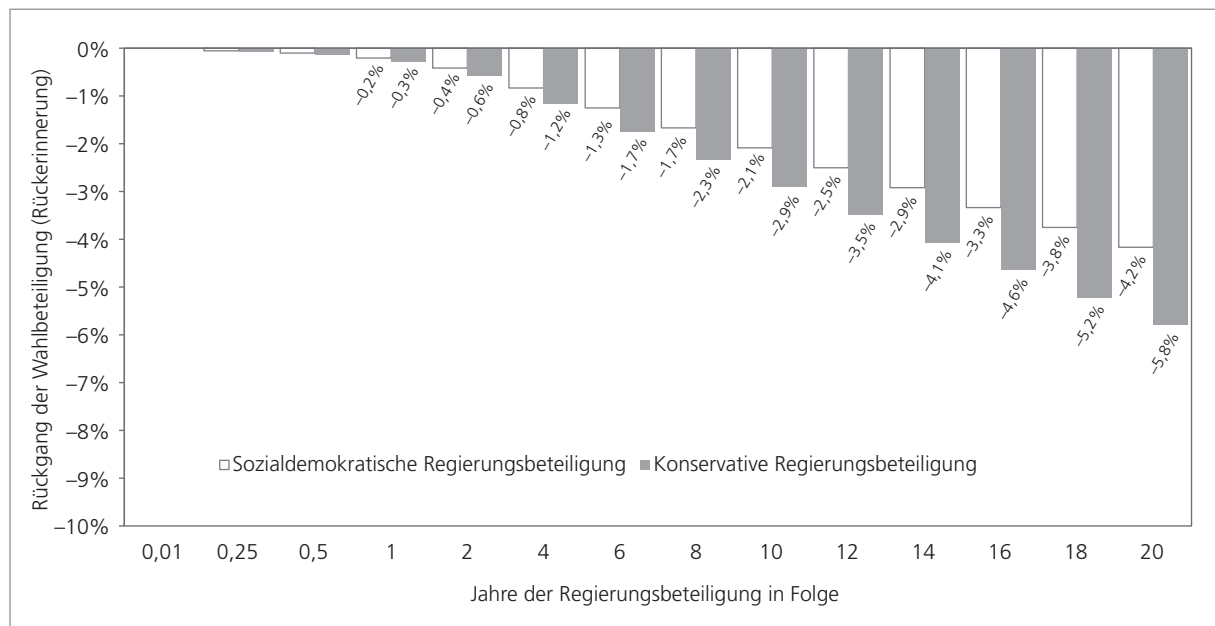
wurde geprüft, inwieweit eine zu schnelle Personalrotation den Prozess der Abnutzung beschleunigt. Dabei zeigt sich, dass Kontinuität in der Regierung den Abnutzungsprozess abschwächen kann: Der Effekt der Länge der Amtsinhabere kann den Effekt der Abnutzung bei Sozialdemokraten erheblich kompensieren, bei Konservativen wird er durch personale Kontinuität in der Regierungsführung sogar überkompensiert, wenn auf die jährlichen Effekte abgestellt wird. Allerdings sind diese Ergebnisse im Vergleich zu den Schätzungen über Abnutzungseffekte nicht besonders stabil und belastbar. Die Ergebnisse verweisen darauf, dass eine Kombination von langer Regierungszeit und hoher personaler Kontinuität geringere Abnutzung produziert als eine lange Regierungszeit mit häufigem Personalwechsel.

Was passiert mit Wählerinnen und Wählern, die sich durch Abnutzungsprozesse von ihren Parteien entfremden? Die Länge der Regierungsdauer scheint Nichtwähler zu produzieren. Wird im Modell Nichtwahl auf Regierungsdauer regressiert, ergeben sich in etwa gleich starke Effekte für sozialdemokratische und konservative Regierungsbeteiligung (Abbildung 5). Hieraus kann zwar nicht mit Sicherheit der Schluss gezogen werden, Wähler würden mit zunehmender Regierungsdauer ins Nichtwählerlager abwandern, aber unplausibel wäre das aus verschiedenen Gründen nicht. Einer davon ist zum Beispiel,

dass eine lange Regierungszeit auf eine Asymmetrie und Dominanz einer politischen Partei in einem politischen System zurückgeht und damit eine wichtige Motivation zum Wahlgang fehlt: die Knappheit eines Wahlausgangs, der der eigenen Stimme ein zumindest psychologisch anderes Gewicht gibt (Feld, Kirchgässner 1998). Das wäre auch mit dem Ergebnis vereinbar, dass dieses Phänomen fast gleichmäßig bei sozialdemokratischer und konservativer Regierungsbeteiligung auftritt.

Was sind die Konsequenzen der Ergebnisse? Zum einen zeigen sie, dass möglicherweise auch unabhängig von der Regierungsleistung Wähler abwandern, wahrscheinlich, aber nicht nur ins Nichtwählerlager. In mittlerer Perspektive bedeutet das eine Verstärkung der Gefahr der Regierungsrolle und im Grundsatz eine zyklische Entwicklung der Wählergunst für die Parteien. Entgegengesetzt können die Parteien dem wohl nur besondere Mobilisierungsanstrengungen – mit ungewissem Ausgang. Für die sozialdemokratischen Parteien ist der Abnutzungstrend sehr viel stärker als für ihre größten konservativen Konkurrenten. Warum das der Fall ist, lässt sich schwer bestimmen. Aber dieses Ergebnis passt zu den Ergebnissen hinsichtlich der Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit der ökonomischen Lage im Lande und ihrer Umsetzung in Zufriedenheit und Unzufriedenheit mit der Regierung: Sozialdemokratische Wähler scheinen ihre Regierungs-

Abbildung 5: Dauer kontinuierlichen Regierens und Entwicklung der Nichtwähleranteile bei sozialdemokratischer und konservativer Regierungsbeteiligung



parteien stärker zu »bestrafen« und weniger zu »belohnen« als dies bei konservativen Wählern der Fall ist.

5. Sozialdemokratische Wählerprofile?

Die Ergebnisse zu den Unterschieden in der Beurteilung derselben objektiven Lage des Gesundheitssystems, des Bildungssystems und der wirtschaftlichen Lage zwischen sozialdemokratischen und konservativen Wählern, je nach Regierungsbeteiligung, verweisen auf eine politisch »Einfärbung« der Urteile. Dieses in der Wahlforschung als *partisan bias* bezeichnete Phänomen ist schon von den Autoren des *American Voters*, einer in der Disziplin »klassisch« gewordene Studie beobachtet und seitdem für verschiedene Zeitpunkte, Länder und politische Systeme nachgewiesen worden (Campbell et al. 1960). Das gilt auch und insbesondere für ökonomische Wahrnehmungen und Beurteilungen (Fiorina 1981; Bartels 2002). Was das inhaltlich meint, dafür sind verschiedene Formulierungen mit jeweils etwas anderen Implikationen gefunden worden. Eine Perspektive ist, dass die Bindung an eine Partei für einen Wahrnehmungsfiler Sorge, durch den Personen nur das wahrnehmen, was zu ihrer politischen Orientierung passe, und nur eine Realität akzeptiert würde, die sich in Übereinstimmung mit ihrer Parteiorientierung bringen ließe. Hier liegt die Erklärung ganz in der kognitionspsychologischen Annahme, dass es ein Bedürfnis danach gibt, Inkonsistenz, also kognitive Dissonanz zu vermeiden. Eine andere Perspektive ist, dass Unterschiede in den Wahrnehmungen auf Unterschiede in den Interessen, Werten und generalisierten politischen Orientierungen zurückgehen. Ein Bias wäre in diesem Sinne keine Realitätsverzerrung zur Herstellung kognitiver Konsonanz, wohl aber ein Filter, durch den die Realität betrachtet wird. Der Filter ist dann quasi ein Maßstab, an dem Realität gemessen wird. Wenn dieses aber eine Erklärung für die festgestellten Unterschiede in der Beurteilung derselben Situation zwischen Wählern unterschiedlicher Parteien ist, müssen sich diese Wähler in den Wert- und Zielvorstellungen unterscheiden. Gibt es also ein sozialdemokratisches inhaltliches Wählerprofil, das sich von dem konservativer Wähler abgrenzen lässt?

Der European Social Survey misst eine ganze Reihe von gesellschaftlichen Orientierungen und Werten, aus denen sich klare Implikationen für Politikziele ergeben. Insgesamt sind es etwa 40 Indikatoren. Sie lassen sich in folgende Dimensionen einordnen: Toleranz und Integration,

innere Sicherheit, gesellschaftlicher Konservatismus, individuelle Autonomie, hedonistische Orientierungen, Umweltschutz sowie Gleichheit und soziale Differenzierung.

Um zu bestimmen, ob und in welcher Weise sich sozialdemokratische Wähler von konservativen Wählern abgrenzen, wurden die Indikatoren alle darauf hin betrachtet, ob sie systematisch und konstant einen relevanten Unterschied zwischen Wählerschaften produzieren. Mit diesem ersten Schritt wurden zwei Ergebnisse gewonnen. Nämlich erstens: es gibt systematische Unterschiede, jedoch zweitens: nicht in allen Bereichen. Die folgenden Ergebnisse berücksichtigen nur die Dimensionen, die systematische und bedeutsame Unterschiede zwischen Parteiwählerschaften erkennen lassen.

Unterschiede existieren in den Dimensionen Gleichheit und Differenzierung, Toleranz und Integration sowie innere Sicherheit. Keine systematischen und relevanten Unterschiede existieren in Fragen zur hedonistischen Lebensgestaltung (z. B. »es ist wichtig, eine schöne Zeit zu haben«), der individuellen Autonomie (z. B. »es ist wichtig, neue Ideen zu haben und kreativ zu sein«), gesellschaftlichem Konservatismus⁷ (z. B. »es ist wichtig, Regeln zu folgen«) und dem Umweltschutz.

Die Dimensionen, die Differenz erzeugen, sind – zumindest bezüglich Gleichheit und Differenzierung sowie Toleranz und Integration – mit im Kern sozialdemokratischer Politik. Sie sind es auch, die die stärksten Unterschiede produzieren. Die Ergebnisse zur inneren Sicherheit können schnell zusammengefasst werden. Im Unterschied zu sozialdemokratischen Wählern tendieren konservative in statistisch signifikantem Ausmaß zu starken *law & order*-Maßnahmen. Bezogen auf die hier abgefragten Eingriffe in die Rechtsstaatlichkeit zum Zwecke der Terrorismusbekämpfung findet sich allerdings weder bei den Sozialdemokraten noch bei den Konservativen eine Mehrheit.

Zur Dimension Toleranz und Integration standen zwei Fragebatterien zur Verfügung. Die Ergebnisse sind in den Abbildungen 6 und 7 ausgewiesen. Deutlich stärker als konservative Wähler sind sozialdemokratische Wähler für die freie Lebensgestaltung von Schwulen und Lesben. Zwar ist das in Deutschland wahrscheinlich kein bedeut-

7. Ein mehr als fünf Prozentpunkte großer Unterschied ist nur in der Frage zu beobachten, ob es relevant ist, den Traditionen zu folgen (17 zu 23 Prozent). Allerdings erachten selbst unter konservativen Wählern das nur 23 Prozent als wichtig.

sames Thema, dasselbe lässt sich jedoch nicht für einige Länder Osteuropas sagen. Ferner möchten signifikant mehr Sozialdemokraten als Konservative unabhängig vom ethnisch-kulturellen Hintergrund »vielen erlauben hier herzukommen und zu leben« (Abbildung 6). So ist es nicht verwunderlich, dass, verglichen mit der konservativen Wählerschaft, eine weit deutlichere Mehrheit sozialdemokratischer Wähler davon ausgeht, dass Zuwanderer das kulturelle Leben bereichern, eine klare Mehrheit davon ausgeht, dass Zuwanderer gut für die Wirtschaft sind und immerhin noch die Mehrheit, dass Zuwanderer Deutschland lebenswert machen. Dazu passt, dass eine deutliche Mehrheit sozialdemokratischer Wähler die Europäische Einigung weitergetrieben sehen möchte, während bei den konservativen etwa die Hälfte dafür, die andere Hälfte dagegen ist (Abbildung 7).

Wie nun halten es Sozialdemokraten mit der sozialen Differenzierung und Ungleichheit? Es ist angesichts der Tatsache, dass hier *ein* wenn nicht *der* Kern sozialdemokratischer Politik liegt, nicht überraschend, dass sozialdemokratische Wähler soziale Differenz erzeugende Aspekte weniger wichtig finden (wichtig, reich zu sein; wichtig erfolgreich zu sein). Allerdings sind die Unterschiede zu den konservativen Wählern recht klein. Deutlicher sind die Unterschiede in der Frage, ob der Wichtigkeit von Gleichbehandlung und gleichen Chancen sowie der Rolle

der Regierungen bei der Reduzierung von Einkommensunterschieden stark zugestimmt wird (Abbildung 8).

Diese Analyse verdeckt allerdings Unterschiede, die zum Teil deutlicher ausfallen, als es die Ergebnisse hier nahe legen. Auch verdeckt sie unterschiedliche Muster in den Unterschieden zwischen sozialdemokratischen und konservativen Wählern in den Ländern.

Um der Frage der Unterschiedsmuster und landesspezifischer sozialdemokratischer Profile nachzugehen, wurden die Fragen zu den hier angesprochenen Dimensionen alle auf die Höhe der Prozentpunktunterschiede in der jeweiligen Befürwortung oder Ablehnung zwischen Sozialdemokraten und Konservativen untersucht und die drei Fragen ausgewählt, die im jeweiligen Land die größte Differenz produzieren. Einstellungen, die in einem der 24 Länder zu denjenigen drei gehören, die die größte Differenz produzieren, entfallen auf die Bereiche *Soziale Differenzierung und Ungleichheit*, *Toleranz und Integration* sowie *gesellschaftlicher Konservatismus*. Einstellungen zum gesellschaftlichen Konservatismus produzieren allerdings nur in drei Ländern – Belgien, Ungarn und Portugal – einen der drei wichtigsten Unterschiede. Einstellungen zu Toleranz und Integration liegen in 22 der 24 Länder unter denjenigen, die die größte Differenz zwischen sozialdemokratischen und konservativen Wählern

Abbildung 6: Unterschiede in Fragen der Toleranz und Migration zwischen sozialdemokratischen und konservativen Wählern

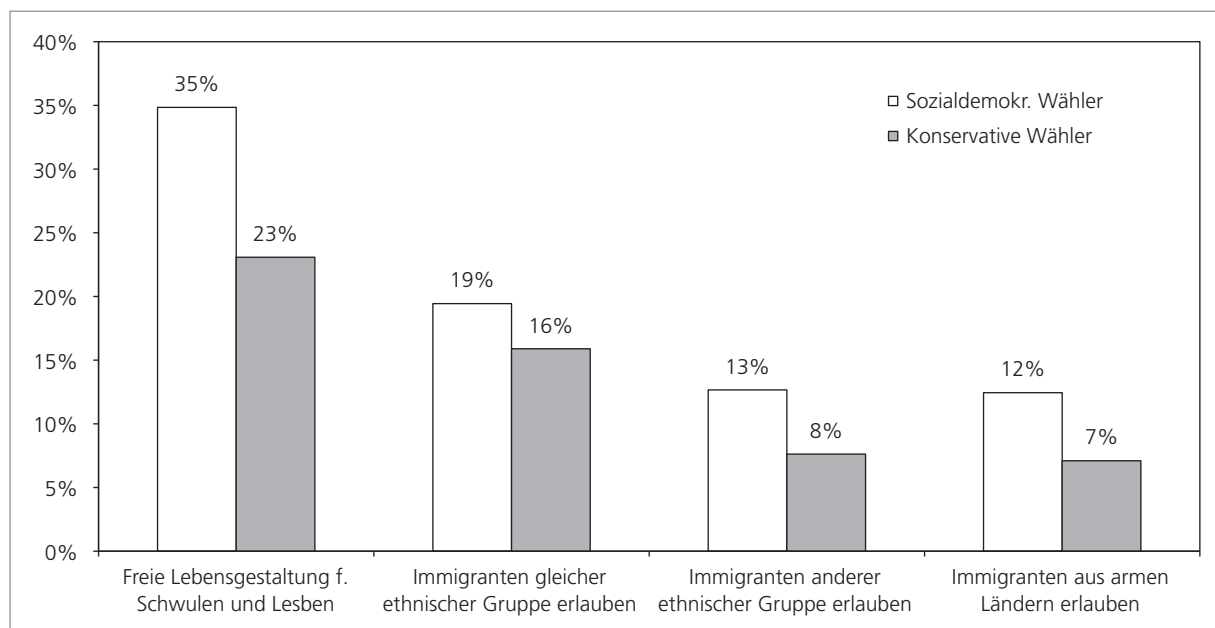
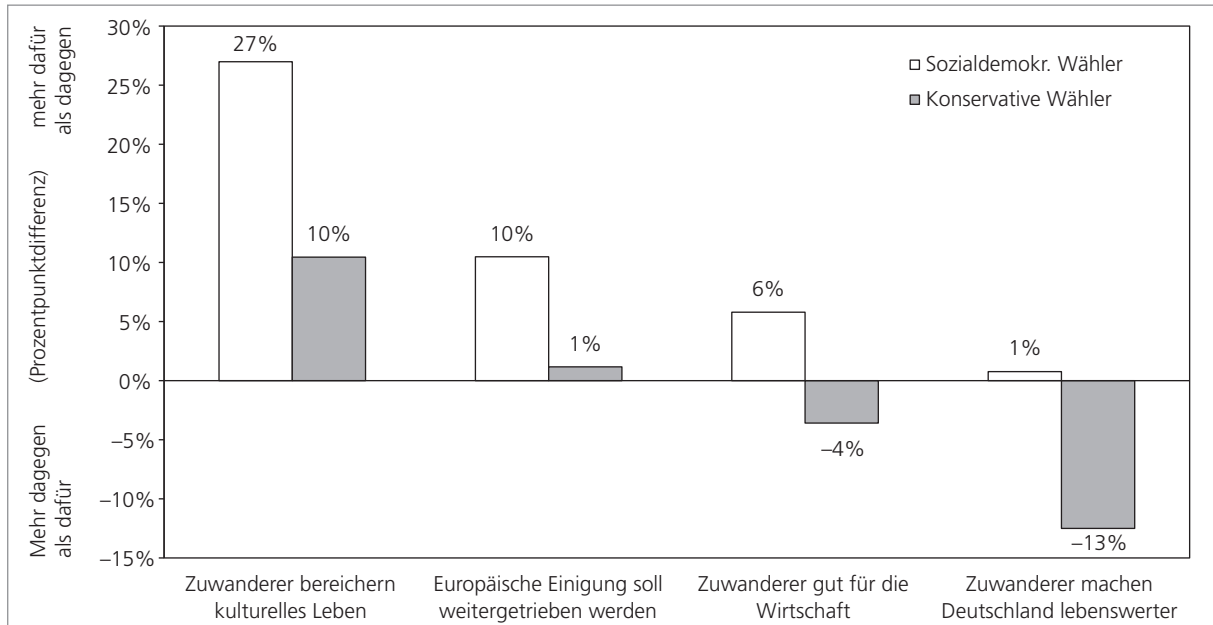


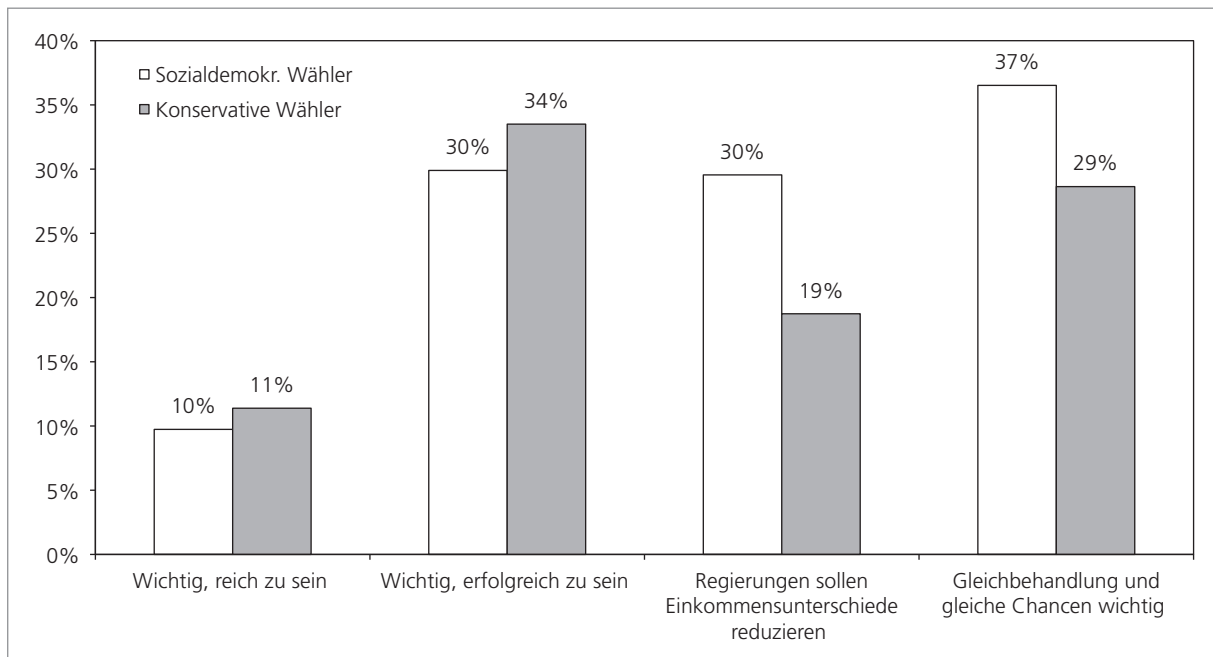


Abbildung 7: Unterschiede in Fragen der Zuwanderung und europäische Integration zwischen sozialdemokratischen und konservativen Wählern



Antworten wurden auf einer 11-Punkte-Skala gegeben, wobei niedrige Werte Ablehnung, hohe Werte Zustimmung bedeuten. Zusammengefasst wurden die Werte 0, 1, 2, 3 zu -1; 4 5 6 zu 0; 7, 8, 9, 10 zu +1. Ein negativer Mittelwert über diese zusammengefassten Werte zeigt den Anteil an, zu dem ablehnende Meinungen zustimmende Meinungen überwiegen und umgekehrt.

Abbildung 8: Unterschiede in Fragen sozialer Differenzierung und Gleichheit zwischen sozialdemokratischen und konservativen Wählern



Anteil derjenigen, die »stark« zustimmen unter den Antwortvorgaben: stimme stark zu; stimme zu; weder noch; lehne ab; lehne stark ab.

aufweisen, Einstellungen zu sozialer Differenzierung und Ungleichheit in 15 der 24 Länder. In Tabelle 3 sind die Dimensionen entsprechend eingefärbt: mittleres Grau für soziale Differenzierung und Ungleichheit, helles Grau für Toleranz und Integration, dunkles Grau für gesellschaftlichen Konservatismus.

Die Ergebnisse verweisen darauf, dass es nicht nur der traditionelle Kern sozialdemokratischer Ziele ist, der sozialdemokratische Wähler von konservativen unterscheidet. Auch in Toleranz- und Integrationsfragen gerade im Kontext zunehmender Migration verweisen die Orientierungen auf spezifische sozialdemokratische Profile. Unter den traditionellen linken Zielen ist es vor allem die Erwartung an die Regierung, die Einkommensunterschiede zu reduzieren, die eine Rolle spielt. Dass nur diese »klassischen« verteilungsbezogenen Orientierungen bei der Abgrenzung von konservativen Wählern eine Rolle spielen, ist nur in Dänemark der Fall. In der Schweiz, Deutschland, Estland, Spanien, Großbritannien, Irland und Slowenien ist es ausschließlich die Dimension Toleranz und Integration, die die drei Fragen liefert, die die stärkste Differenz zu konservativen produziert. Im Rest der Länder ist es immer eine Mischung aus der Dimension sozialer Differenzierung und Ungleichheit sowie Toleranz und Integration bis auf Belgien, Ungarn und Portugal, wo die Abgrenzung vom gesellschaftlichen Konservatismus eine Rolle spielt.

Mit diesen Ergebnissen wird deutlich, dass Orientierungen und damit Beurteilungsmaßstäbe sozialdemokratischer Wähler klar abgrenzbar sind. Ihr Blick auf die Welt unterscheidet sich von dem der konservativen und erzeugt damit auch andere Urteile über die Zustände in der Gesellschaft. Dass »neuere« Fragen von Ungleichheit, wie sie im Kontext von Migration und kultureller Differenz entstanden sind, für sozialdemokratische Wähler in ihren Orientierungsprofilen eine prominente Rolle bei der Abgrenzung zu anderen politischen Lagern spielt, ist ein Zeichen dafür, dass die Problemagenda an sich verändernde Problemlagen angepasst wird, ohne mit der generellen Orientierung auf Probleme von Ungleichheit und Differenz zu brechen.

Allerdings ist das Bild nicht vollkommen einheitlich. In neun der insgesamt 38 Fälle, bei denen die Migrationsfrage in ihren unterschiedlichen Aspekten (gut für die Wirtschaft, die Kultur, das Land) eine wichtige Differenz zwischen sozialdemokratischen und konservativen Wäh-

lern macht, fallen die Urteile sozialdemokratischer Wähler über die Folgen der Migration allerdings negativer aus als bei konservativen Wählern. Dies wird in fünf der 24 hier betrachteten Länder (Tschechien, Finnland, Luxemburg, Polen und der Slowakei) in der Frage deutlich, ob Migration gut für die Wirtschaft sei, in Tschechien und der Slowakei auch in der Frage, ob Migranten eine kulturelle Bereicherung darstellen, und in Polen in der Frage, ob Migranten das Land besser machen.

Daneben wird in Österreich und Norwegen die europäische Integration von sozialdemokratischen Wählern kritischer beurteilt als von konservativen. Insgesamt herrscht in der großen Mehrzahl der Länder unter sozialdemokratischen Wählern jedoch ein positiveres Urteil in der Frage der kulturellen und wirtschaftlichen Dimension von Migration vor als unter konservativen Wählern. Damit sind sozialdemokratische Wähler in Fragen von Migration und kultureller Differenz liberaler und offener als konservative Wähler.

Wie stark es immer noch die hoch generalisierte Orientierung auf der Links-Rechts-Dimension der Politik ist, die sozialdemokratische Wähler von konservativen absetzt, zeigt die Selbsteinstufung auf dieser Dimension. Das Herz sozialdemokratischer Wähler schlägt immer noch links und zwar in deutlicher Absetzung der konservativen Wähler (Abbildung 9).

Auch hier gibt es eine große Variation in der Stärke der Differenz zwischen Sozialdemokraten und Konservativen. Der zentrale Befund ist jedoch, dass sozialdemokratische Wähler – unabhängig von der Stärke der Abgrenzung – in keinem der 24 betrachteten Länder auf der rechten Seite jenseits des Mittelwertes liegen. Die Mitte für sozialdemokratisch orientierte Wähler liegt jenseits der Mitte auf der Linken.

6. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Wie zufrieden sind sozialdemokratische Wähler mit ihren Parteien? Gibt es überhaupt noch sozialdemokratische Wähler im Sinne von Bürgern, die sich in ihren politischen Zielvorstellungen und Orientierungen von anderen Wählern abgrenzen? Das sind die beiden generellen Fragen, denen hier nachgegangen wurde. In einem Vergleich von Wählern der größten konservativen Kon-



Tabelle 3: Landesspezifische Muster der Unterschiede in den politischen Orientierungen von sozialdemokratischen und Konservativen Wählern – Kontrastanalyse

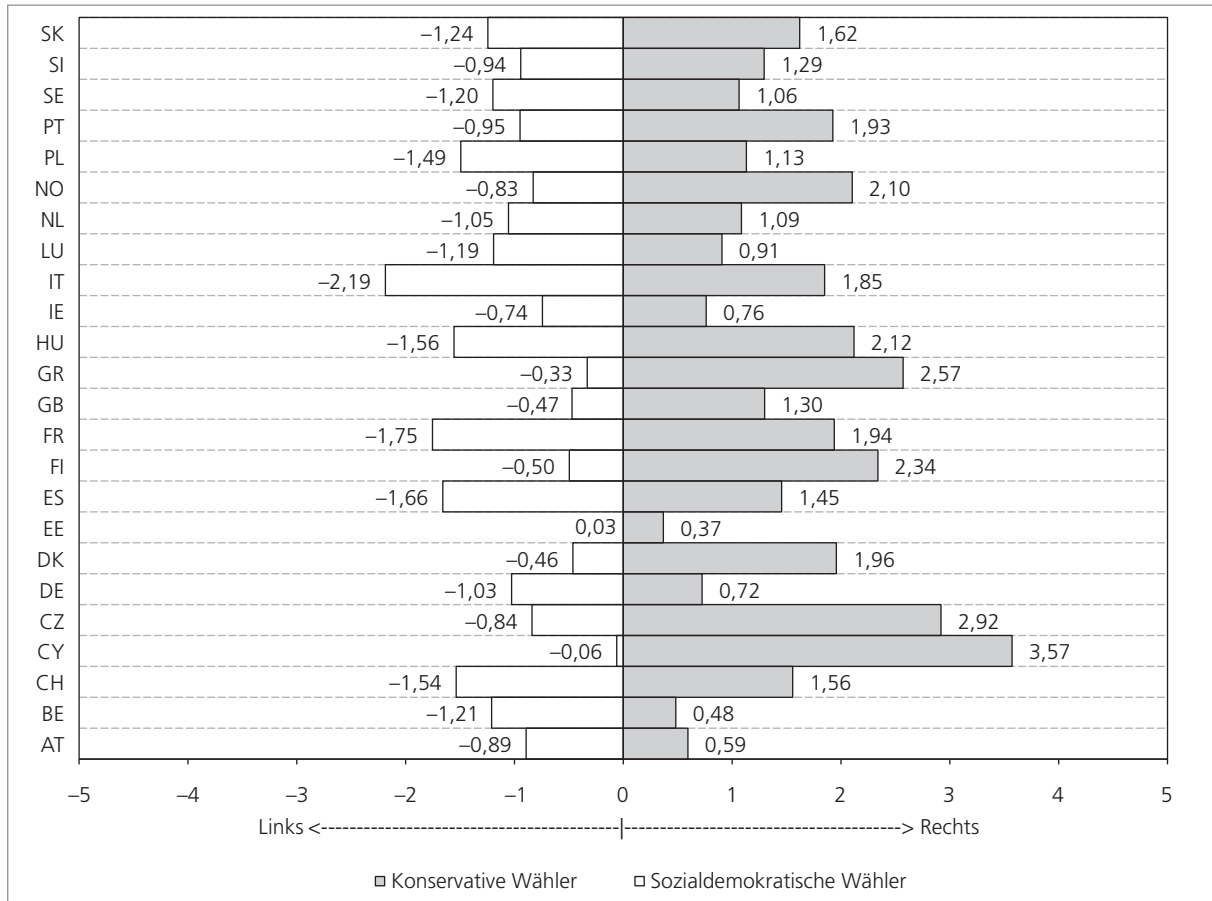
AT	BE	CH	CY	CZ	DE
Toleranz ggü. Schwulen und Lesben	Gleichbehandlung/Chancengleichheit	Europäische Integration weiterführen	Immigranten gut für Wirtschaft	Immigranten gut für Wirtschaft	Immigranten bereichern Kultur
Einkommensunterschiede reduzieren	Einkommensunterschiede reduzieren	Immigranten bereichern Kultur	Einkommensunterschiede reduzieren	Immigranten bereichern Kultur	Europäische Integration weiterführen
Europäische Integration weiterführen	Wichtig, nicht aufzufallen	Immigranten gut für Wirtschaft	Europäische Integration weiterführen	Einkommensunterschiede reduzieren	Toleranz ggü. Schwulen und Lesben
17%	18%	83%	8%	-27%	16%
14%	14%	73%	8%	-25%	14%
-14%	8%	56%	7%	23%	14%
DK	EE	ES	FI	FR	GB
Einkommensunterschiede reduzieren	Immigranten machen Land besser	Immigranten bereichern Kultur	Einkommensunterschiede reduzieren	Immigranten bereichern Kultur	Europäische Integration weiterführen
Gleichbehandlung/Chancengleichheit	Immigranten bereichern Kultur	Immigranten gut für Wirtschaft	Immigranten gut für Wirtschaft	Immigranten machen Land besser	Immigranten bereichern Kultur
Erfolg und Leistung	Immigranten gut für Wirtschaft	Immigranten machen Land besser	Erfolg und Leistung	Einkommensunterschiede reduzieren	Immigranten machen Land besser
12%	16%	27%	22%	30%	35%
10%	16%	20%	-18%	27%	22%
-7%	15%	18%	-10%	22%	16%
GR	HU	IE	IT	LU	NL
Immigranten gut für Wirtschaft	Europäische Integration weiterführen	Immigranten bereichern Kultur	Einkommensunterschiede reduzieren	Toleranz ggü. Schwulen und Lesben	Toleranz ggü. Schwulen und Lesben
Immigranten machen Land besser	Immigranten gleicher Ethnizität	Immigranten machen Land besser	Immigranten bereichern Kultur	Immigranten gut für Wirtschaft	Immigranten bereichern Kultur
Einkommensunterschiede reduzieren	Wichtig, Traditionen zu folgen	Toleranz ggü. Schwulen und Lesben	Immigranten gut für Wirtschaft	Einkommensunterschiede reduzieren	Einkommensunterschiede reduzieren
12%	15%	26%	22%	19%	19%
10%	-12%	16%	21%	-12%	16%
9%	-7%	15%	17%	10%	12%
NO	PL	PT	SE	SI	SK
Einkommensunterschiede reduzieren	Immigranten gut für Wirtschaft	Wichtig, nicht aufzufallen	Einkommensunterschiede reduzieren	Immigranten machen Land besser	Immigranten bereichern Kultur
Europäische Integration weiterführen	Einkommensunterschiede reduzieren	Immigranten bereichern Kultur	Immigranten gut für Wirtschaft	Immigranten gleicher Ethnizität	Immigranten gut für Wirtschaft
Immigranten gut für Wirtschaft	Immigranten machen Land besser	Immigranten gut für Wirtschaft	Toleranz ggü. Schwulen und Lesben	Immigranten anderer Ethnizität	Einkommensunterschiede reduzieren
17%	-17%	-6%	12%	11%	-22%
-17%	16%	-5%	-7%	8%	-20%
-9%	-13%	-4%	5%	7%	14%

Länderabkürzungen siehe Tabelle A1. Die angegebenen Prozentwerte geben die Prozentpunktdifferenz und Richtung der Differenz zwischen sozialdemokratischen und konservativen Wählern an.

Färbung Dimensionen soziale Differenzierung und Ungleichheit: mittleres Grau; Toleranz und Integration: helles grau; gesellschaftlicher Konservatismus: dunkles Grau.



Abbildung 9: Unterschiede in der Links-Rechts-Selbsteinstufung sozialdemokratischer und konservativer Wähler



kurrenten und sozialdemokratischen Wählern verweisen die Ergebnisse hinsichtlich beider Fragen auf recht deutliche Unterschiede. Was die Zufriedenheit mit den Ergebnissen der Politik angeht – soweit die Politik hierfür überhaupt vollständig verantwortlich gemacht werden kann –, zeigt sich, dass sozialdemokratische Wähler zufriedener mit ihren Regierungen sind, insbesondere, wenn sie nicht in einer Koalition mit konservativen Parteien regieren. Umgekehrt gilt, dass auch konservative Wähler relativ zufriedener mit »ihren« Regierungen sind. Relativ zufriedener heißt aber nicht unbedingt und immer zufrieden. Bei sozialdemokratischen Wählern zeigt sich zudem ein Mechanismus der Umsetzung von Zufriedenheit und Unzufriedenheit mit Politikergebnissen in die Zufriedenheit und Unzufriedenheit mit ihrer Regierung, der sich von dem konservativer Wähler zwar nicht in der Tendenz, aber im Niveau unterscheidet und für sozialdemokratische Parteien eine besondere Herausforderung bedeuten kann. Zum einen »bestrafen« sozialdemokra-

tische Wähler ihre Regierungen stärker mit Unzufriedenheit, wenn sie mit den Politikergebnissen nicht zufrieden sind als konservative Wähler das mit ihren Regierungen machen. Zum zweiten »belohnen« sozialdemokratische Wähler ihre Regierungen weniger mit Zufriedenheit, wenn sie mit den Politikergebnissen zufrieden sind als konservative Wähler es bei ihren Regierungen halten. Es scheint also für sozialdemokratische Parteien schwieriger zu sein, Unterstützung für ihre Regierungsarbeit im Sinne der Zufriedenheit ihrer Wähler zu generieren. Zweitens zeigt sich, dass Koalitionen mit konservativen Parteien nicht die gleiche Zufriedenheit produzieren, wie es bei konservativen Wählern der Fall ist. Sind beide Parteien gemeinsam in der Regierung, setzt sich Unzufriedenheit mit Politikergebnissen bei sozialdemokratischen Wählern in deutlich stärkerem Maße in Unzufriedenheit mit der Regierung um als bei konservativen Wählern. Umgekehrt setzt sich Zufriedenheit mit den Politikergebnissen bei konservativen Wählern sehr viel stärker in Zufriedenheit

mit der Regierung um als bei sozialdemokratischen Wählern. In diesem Sinne »profitieren« konservative Parteien sehr viel mehr von einer Koalition mit den Sozialdemokraten als umgekehrt. Grundsätzlich gilt allerdings für die Wähler von Sozialdemokraten wie Konservativen, dass derartige »große« Koalitionen immer weniger Zufriedenheit produzieren, als wenn die Parteien jeweils ohne den wichtigsten Konkurrenten regieren.

Ein weiteres Ergebnis, das sozialdemokratische Parteien gegenüber konservativen eher benachteiligt, ist, dass sich Regierungen jenseits der Frage der Leistung abnutzen, oder besser, sich ihre Wählergunst zunehmend abnutzt, je länger sie an der Regierung sind. Dieser Abnutzungseffekt ist bei sozialdemokratischen Wählern und ihren Regierungen sehr viel stärker als bei konservativen Wählern und ihren Regierungen. Die Effekte der Abnutzung erreichen zwar erst nach einer relativ langen Regierungszeit Stimmenrückgänge im mittleren Bereich. Es sollte dabei aber nicht vernachlässigt werden, dass es häufig nur zwei oder drei Prozentpunkte sind, die darüber entscheiden, ob regiert wird oder nicht. Zwei Prozentpunkte Abnutzung in der Wählergunst sind nach der hier vorgenommenen Modellschätzung bei Sozialdemokraten bereits nach fünf bis sechs Jahren erreicht, bei den Konservativen erst nach 16 Jahren. Ein weiterer Effekt ist die Abwanderung ins Nichtwählerlager, das aber gleichermaßen bei sozialdemokratischen und konservativen Parteien auftritt. Auch das könnte zum Nachteil für sozialdemokratische Parteien sein. Es bleibt zwar umstritten, ob es sich um ein verallgemeinerbares Phänomen handelt, doch ist sehr oft beobachtet worden, dass eine Zunahme der Nichtwahl zu Lasten sozialdemokratischer Parteien geht, mithin eine parteispezifische Selektivität der Nichtwahl existiert.

Auch dieses Ergebnis mag mit dem parteiwähler-spezifischen Bias zusammenhängen, der bei der Beurteilung der Regierungsleistung und Regierungszufriedenheit zu beobachten ist. Wenn sozialdemokratische Wähler strengere Maßstäbe an ihre Regierungen anlegen als konservative Wähler das mit ihren Parteien machen, kann das auch bewirken, dass sich sozialdemokratische Regierungen bei ihren Wählern schneller abnutzen.

Was die Ergebnisse allgemein zeigen ist, dass sozialdemokratische und konservative Wähler augenscheinlich gleiche Umstände und Zustände in Gesellschaft und Politik unterschiedlich beurteilen. Das legt nahe, dass sie unter-

schiedliche Maßstäbe haben, was wiederum impliziert, dass sie sich in ihren politischen Zielen und Orientierungen unterscheiden. Hinsichtlich dieser zweiten generellen Frage nach den Politikprofilen sozialdemokratischer Wähler im Unterschied zu konservativen Wählern hat sich eine Reihe von Differenzen ergeben, die es durchaus erlauben, von unterschiedlichen Profilen zu sprechen. Eine Dimension ist natürlich die traditionelle Domäne sozialdemokratischer Politik: soziale Differenzierung und Ungleichheit. Aber anzunehmen, dass das die Dimension ist, die dominant über die Länder hinweg die Abgrenzung zu den konservativen bedeutet, ist falsch. Vielmehr spielen in vielen europäischen Gesellschaften für sozialdemokratische Wähler inzwischen augenscheinlich die »neuen« Aspekte von Ungleichheit und Differenz eine zentrale oder ebenso wichtige Rolle: Toleranz und Integration, also Einstellungen zu Lebensweisen, Migranten, Migration und europäischer Integration, erzeugen in vielen Ländern größere Differenzen zu konservativen Wählern als die klassische Linke Frage. Dass sich in dieser Dimension typische Abgrenzungen ergeben, spricht dafür, dass sozialdemokratische Wähler auch neuere Problemlagen aus einer sozialdemokratischen Perspektive einordnen können. Die Orientierungsunterschiede zwischen sozialdemokratischen und konservativen Wählern verweisen auf einen klassischen Unterschied, den zwischen Links und Rechts. Das bestätigt sich auch darin, dass der Unterschied zwischen sozialdemokratischen und konservativen Wählern auf der Links-Rechts-Dimension nicht nur deutlich ist, sondern in jedem der 24 Länder sozialdemokratische Wähler sich links von der Mitte, konservative Wähler sich rechts von der Mitte einstufen. Das Herz sozialdemokratischer Wähler schlägt nach wie vor links und die Mitte, die für sie gefunden werden muss, liegt links der Mitte. Es sind möglicherweise genau diese Maßstäbe und Orientierungen sozialdemokratischer Wähler, die es für die sozialdemokratischen Parteien schwieriger macht, Zufriedenheit zu erzeugen und Wähler bei der Stange zu halten. Die Ergebnisse sprechen dafür, dass sozialdemokratische Wähler relativ viel Anlass für Veränderung und Verbesserung sehen. Wer das möchte, ist weniger leicht zufrieden zu stellen als jemand, der sich mit dem Status quo zufrieden gibt.



Tabelle A1: Länder und Zeitpunkte im kumulierten European Social Survey

Abkürzung	Länder	2002	2004	2006	2008
AT	Österreich	X	X	X	
BE	Belgien	X	X	X	X
CH	Schweiz		X	X	X
CY	Zypern			X	X
CZ	Tschechien	X	X		X
DE	Deutschland	X	X	X	X
DK	Dänemark	X	X	X	X
EE	Estland		X	X	X
ES	Spanien	X	X		X
FI	Finnland	X	X	X	X
FR	Frankreich	X	X	X	X
GB	Großbritannien	X	X	X	X
GR	Griechenland	X	X		X
HU	Ungarn	X	X	X	X
IE	Irland	X	X	X	X
IT	Italien	X			
LU	Luxemburg		X		
NL	Niederlande	X	X	X	X
NO	Norwegen	X	X	X	X
PL	Polen	X	X	X	X
PT	Portugal	X	X	X	X
SE	Schweden	X	X	X	X
SI	Slowenien	X	X	X	X
SK	Slowakei		X	X	



Tabelle A2: Regierungen in den Länder und Zeitpunkten im kumulierten European Social Survey

Abkürzung	Länder	2002	2004	2006	2008
AT	Österreich	Konservat.	Konservat.	Sozd.&Kons.	
BE	Belgien	Sozd.&Kons.	Sozd.&Kons.	Sozd.&Kons.	Konservat.
CH	Schweiz		Sozd.&Kons.	Sozd.&Kons.	Sozd.&Kons.
CY	Zypern			Sozialdemkr.	Sozialdemkr.
CZ	Tschechien	Sozialdemkr.	Sozialdemkr.		Sozd.&Kons.
DE	Deutschland	Sozialdemkr.	Sozialdemkr.	Sozd.&Kons.	Sozd.&Kons.
DK	Dänemark	Konservat.	Konservat.	Konservat.	Konservat.
EE	Estland		Konservat.	Konservat.	
ES	Spanien	Konservat.	Sozialdemkr.		Sozialdemkr.
FI	Finnland	Sozd.&Kons.	Sozd.&Kons.	Sozd.&Kons.	Konservat.
FR	Frankreich	Konservat.	Konservat.	Konservat.	Konservat.
GB	Großbritannien	Sozialdemkr.	Sozialdemkr.	Sozialdemkr.	Sozialdemkr.
GR	Griechenland	Sozialdemkr.	Konservat.		Sozialdemkr.
HU	Ungarn	Sozialdemkr.	Sozialdemkr.	Sozialdemkr.	Sozialdemkr.
IE	Irland	Konservat.	Konservat.	Konservat.	Konservat.
IT	Italien	Konservat.			
LU	Luxemburg		Konservat.		
NL	Niederlande	Konservat.	Konservat.	Konservat.	Sozd.&Kons.
NO	Norwegen	Konservat.	Konservat.	Sozialdemkr.	Sozialdemkr.
PL	Polen	Sozialdemkr.	Sozialdemkr.	Konservat.	Konservat.
PT	Portugal	Konservat.	Konservat.	Sozialdemkr.	Sozialdemkr.
SE	Schweden	Sozialdemkr.	Sozialdemkr.	Konservat.	Konservat.
SI	Slowenien	Sozd.&Kons.	Konservat.	Konservat.	Sozialdemkr.
SK	Slowakei		Konservat.	Sozialdemkr.	Sozialdemkr.



Abbildung A1: Beurteilung des Zustandes des Gesundheitssystems, Bildungssystems und der Wirtschaft unter sozialdemokratischen, konservativen, und sozialdemokratisch-konservativen Regierungen

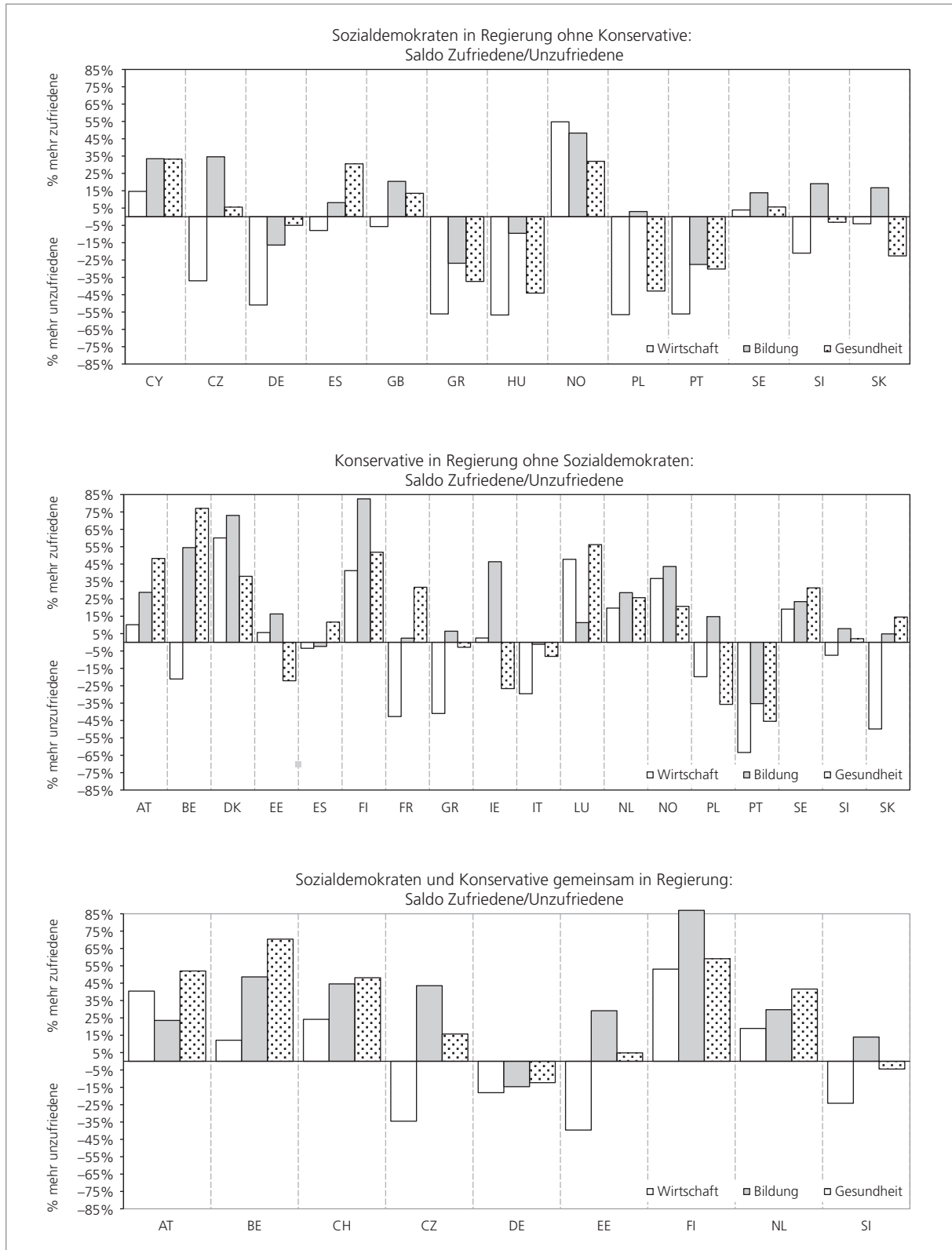
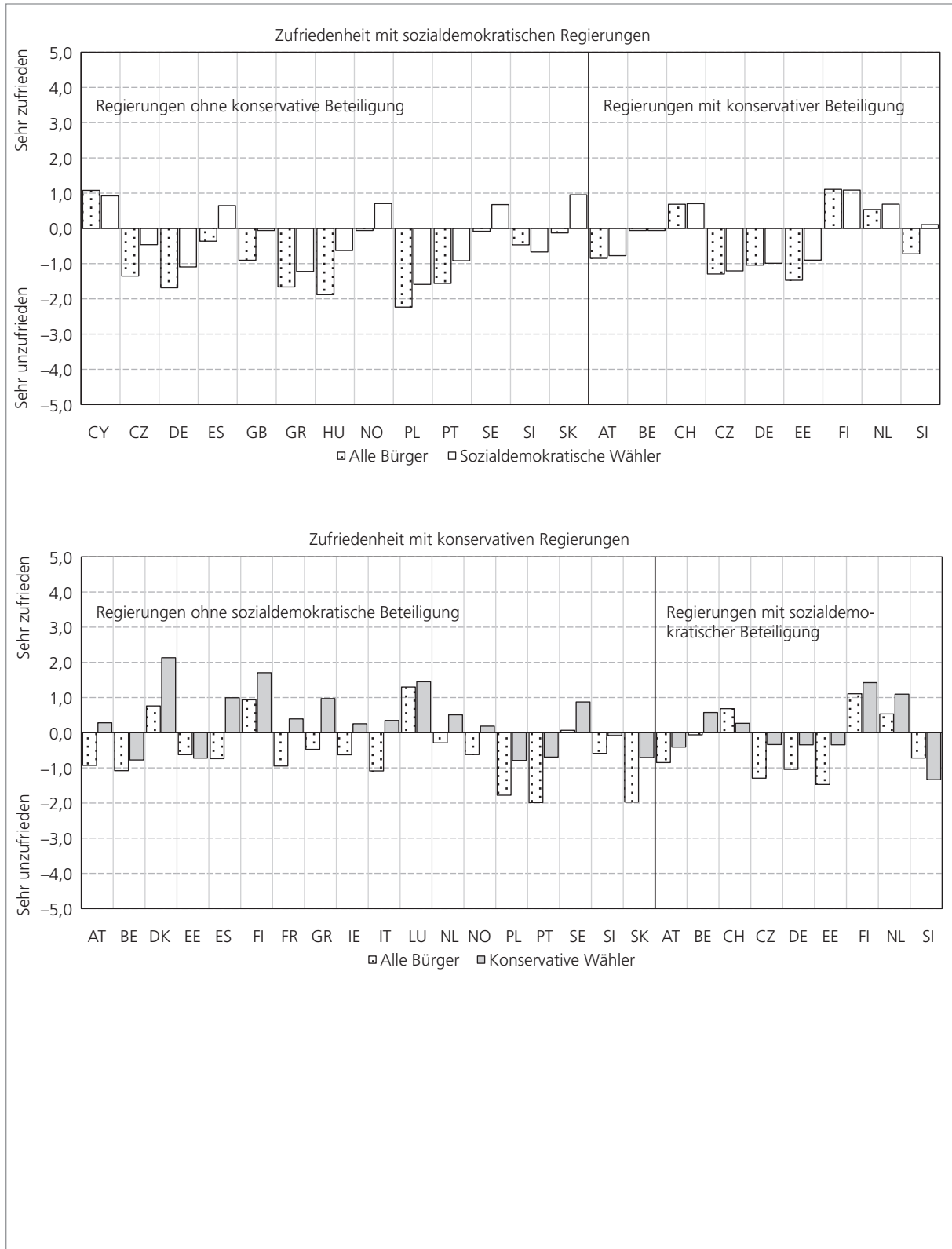




Abbildung A2: Zufriedenheit mit sozialdemokratischen, konservativen, und sozialdemokratisch-konservativen Regierungen



- Bartels, Larry M.** (2002): Beyond the Running Tally. Partisan Bias in Political Perceptions. *Political Behavior* 24 (2): 117–150.
- Campbell, Angus; Converse, Phillip E.; Miller, Warren; et al.** (1960): *The American Voter*. New York: Wiley.
- Converse, Philip E.** (1969): Of Time and Partisan Stability. *Comparative Political Studies* 2 (2): 139–171.
- Feld, Lars P.; Kirchgässner, Gebhardt** (1998): Erwartete Knappheit und die Höhe der Wahlbeteiligung: Empirische Ergebnisse für die neunziger Jahre. In: Klingemann, Hans-Dieter; Kaase, Max (Hrsg.): *Wahlen und Wähler – Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag: 415–442.
- Fiorina, Morris P.** (1981): *Retrospective voting in American national elections*. New Haven: Yale University Press.
- Gschwend, Thomas; Norpoth, Helmut** (2005): Prognosemodell auf dem Prüfstand: Die Bundestagswahl 2005. *Politische Vierteljahresschrift* 46 (4): 682–688.
- Key, V. O.** (1961): *Public opinion and American democracy*. New York: Knopf.
- Maier, Jürgen; Rattinger, Hans** (2004): Economic Conditions and Voting Behaviour in German Federal Elections, 1994–2002. *German Politics* 13 (2): 201–217.
- Miller, Arthur H.; Wattenberg, Martin P.** (1985): Throwing the Rascals Out: Policy and Performance Evaluations of Presidential Candidates, 1952–1980. *The American Political Science Review* 79 (2): 359–372.
- Walz, Dieter; Brunner, Wolfram** (1998): It's the Economy, Stupid! Revisited. In: Pickel, Gert; Walz, Dieter (Hrsg.): *Politische Einheit – kultureller Zwiespalt? Die Erklärung politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998*. Frankfurt/M.: Peter Lang: 113–126.
- Weßels, Bernhard** (1998): Wahlpräferenzen in den Regionen: Stabilität und Veränderung im Wahljahr 1994 – oder: Die »Heimkehr« der CDU/CSU-Wähler von 1990. In: Kaase, Max; Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß des Bundestagswahl 1994*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag: 259–284.
- Weßels, Bernhard** (2002): Ideologische Atomisierung oder Wählerwandel? Wahlverhalten in Deutschland 1976–1998. In: Brettschneider, Frank; Deth, Jan van; Roller, Edeltraud (Hrsg.): *Politik heute: Das Ende der politisierten Sozialstruktur?* Opladen: Leske + Budrich: 49–80.



Über den Autor

Dr. Bernhard Weßels ist Sozialforscher am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und lehrt Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seine Hauptarbeitsgebiete sind politische Soziologie, Interessenvermittlung und politische Repräsentation im internationalen Vergleich sowie Wahl- und Einstellungsforschung.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse | Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Gero Maaß, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248
www.fes.de/ipa

Bestellungen/Kontakt hier:
info.ipa@fes.de

Die Internationale Politikanalyse (IPA) ist die Analyseeinheit der Abteilung Internationaler Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung. In unseren Publikationen und Studien bearbeiten wir Schlüsselthemen der europäischen und internationalen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Unser Ziel ist die Entwicklung von politischen Handlungsempfehlungen und Szenarien aus der Perspektive der Sozialen Demokratie.

Diese Publikation erscheint im Rahmen der Arbeitslinie »Internationaler Monitor Soziale Demokratie«,
Redaktion: Jan Niklas Engels, Jan.Engels@fes.de; Redaktionsassistentin: Nora Neye, Nora.Neye@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN: 978-3-86498-000-8